



2005/09/19: Allianz-Umbau - ver.di fordert umfassendes Konzept mit Beschäftigungs- und Standortgarantien

Angesichts des grundlegenden Umbaus der Allianz AG fordert die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Vorstände auf, ein klares und umfassendes Gesamtkonzept mit Beschäftigungs- und Standortsicherungsgarantien vorzulegen.

„Die bisher unvollständigen Informationen des Konzerns führen zu großen Unsicherheiten und Sorgen bei den Beschäftigten“, kritisierte Uwe Foullong, im ver.di-Bundesvorstand zuständig für Finanzdienstleistungen. Die angekündigte neue gesellschaftsrechtliche Aufstellung der Allianz in Europa und in Deutschland lasse die Vernichtung von Arbeitsplätzen befürchten. „Für einen ertragsstarken Konzern wie die Allianz, der zudem in wachsenden und dynamischen Märkten agiert, besteht keine Notwendigkeit, sein Personal zu reduzieren. Daher brauchen wir ein klares Bekenntnis zu den Arbeitsplätzen“, forderte der Gewerkschafter.

Darüber hinaus gehe es um die Einhaltung von Tarifstandards. Es müsse von Anfang an klar sein, dass neu gegründete Gesellschaften, wie die zukünftig eigenständige Vertriebsgesellschaft, tarifgebunden seien. Dazu erwarte er entsprechende Aussagen des Vorstandes, um auch hier Sicherheit für die Betroffenen zu gewährleisten, betonte Foullong.

Die Gewerkschaft ver.di werde alle Mitbestimmungsrechte nutzen, um Beschäftigung, Standorte und Tarifbindung zu sichern. Deshalb werde ver.di auch auf Erhalt und Stärkung der Mitbestimmungsrechte beim Umbau des Konzerns achten. In den nächsten Wochen werde die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft zur Unterstützung ihrer Betriebsräte Informationsveranstaltungen durchführen, um die anstehenden Verhandlungen mit der Konzernspitze vorzubereiten.